

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Abg. Gerd Mannes

Abg. Dr. Marcel Huber

Abg. Benjamin Adjei

Abg. Alexander Hold

Abg. Christian Flisek

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Helmut Markwort

Abg. Josef Schmid

Abg. Susanne Kurz

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Ralf Stadler

Abg. Prof. Dr. Winfried Bausback

Staatsminister Georg Eisenreich

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

**Aktuelle Stunde gem. § 65 BayLTGeschO auf Vorschlag der AfD-Fraktion**

**"Freiheit in Netz und Medien - für eine offene und freiheitliche Debattenkultur"**

Sie kennen das Prozedere: grundsätzlich fünf Minuten Redezeit pro Rednerin bzw. Redner, bzw. zehn Minuten für eine Rednerin bzw. einen Redner. Die fraktionslosen Kollegen können zwei Minuten reden.

Erster Redner ist der Kollege Mannes von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

**Gerd Mannes (AfD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! In Artikel 5 des Grundgesetzes heißt es: "Eine Zensur findet nicht statt." Dieser Grundsatz ist wohl eine der wichtigsten Säulen der Demokratie. Man muss feststellen, dass die Bundesregierung den Artikel 5 faktisch abgeschafft hat. Heute ist die Zensur zurück, und sie ist immer weiter auf dem Vormarsch.

Mit dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz hat die Bundesregierung den Grundstein für eine massive Zensur im Internet gelegt. Besonders skandalös dabei ist, dass die Rechtsprechung im digitalen Raum auf private Digitalkonzerne übertragen worden ist. In der Corona-Krise wurde diese Zensur ausgeweitet. Unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung hat man erklärt, dass Fake News Menschenleben gefährden und gelöscht werden müssen. Diese Zensur wird auf alle Lebensbereiche ausgeweitet und als sogenannte Hass-Sprache deklariert. Wo bleibt die Rechtsstaatlichkeit? – Sie ist längst auf der Strecke geblieben.

Jedes Quartal löscht Facebook fast zwölf Millionen Beiträge, ob zu Recht oder zu Unrecht, weiß niemand. Beispiele sind nicht nur Posts von "Tichys Einblick" oder AfD-Politikern, sondern auch von WDR-Moderatoren oder der "Jüdischen Allgemeinen". In einzelnen Fällen wie dem Teilen eines Beitrags auf Facebook über den Berliner Ober-

bürgermeister kam es sogar zu Hausdurchsuchungen – völlig überzogen und rechtswidrig, wie sich später herausgestellt hat.

Regierung und Digitalkonzerne nutzen jede Gelegenheit, den Kreis unliebsamer Meinungen auszudehnen. Wo führt das am Ende hin? – Das Recht auf freie Meinungsäußerung wird immer weiter eingeschränkt und damit abgeschafft.

(Beifall bei der AfD)

Damit fällt die wichtigste Säule einer freien Gesellschaft. Sie alle, von der CSU bis zu den GRÜNEN, tragen diesen Raubbau an der Demokratie mit und feiern sich als großartige Demokraten, aber Sie handeln antidemokratisch.

(Beifall bei der AfD)

Sogenannte Faktenchecker sind heute bereits eine Art "Wahrheitsministerium". Verbohrte Politiker können bald fordern, unliebsame Meinungen unter Strafe zu stellen. Mit einer angeblichen Klimakatastrophe lassen sich neue Sprechverbote rechtfertigen. Diese Entwicklung ist brandgefährlich! Wer an der freien Meinungsäußerung sägt, sägt an den Grundfesten der Demokratie. Wer anderen Menschen Denk- oder Sprechverbote erteilt, ist kein Demokrat, sondern bestenfalls Freiheitsfeind oder Sozialist, schlimmstenfalls Verfassungsfeind.

Wir wollen diesen Irrweg beenden und haben zahlreiche Anträge für Freiheit in Netz und Medien erarbeitet. Wir fordern die Abschaffung des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes und eine sichere Ende-zu-Ende-Verschlüsselung in der digitalen Kommunikation. Wir fordern die Staatsregierung auf, den Medienstaatsvertrag endlich zu reformieren und die Transparenz bei den Medienkonzernen sicherzustellen. Mit den von uns eingebrachten Anträgen werden Meinungsfreiheit und Privatsphäre im digitalen Raum gesichert. Die Entscheidungen, welche Aussagen vom Grundgesetz gedeckt sind, werden dann wieder von unseren Gerichten getroffen und nicht mehr von digitalen Konzernen. Artikel 5 unseres Grundgesetzes würde damit wieder in Kraft treten, wie

es eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Für die von uns eingebrachten Anträge betreffend "Freiheit in Netz und Medien" bitten wir schon jetzt vorab um Zustimmung.

(Beifall bei der AfD)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Marcel Huber von der Fraktion der CSU.

**Dr. Marcel Huber (CSU):** Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben gerade vom "Netz" gesprochen, aber ich habe dies so interpretiert, dass Sie wahrscheinlich alle klassischen Presseorgane – Print, Hörfunk, Fernsehen und Internet – gemeint haben, weil Sie auch vom WDR gesprochen haben. Aus diesem Grunde möchte ich vor allem dazu etwas sagen.

Ein sehr wichtiger Teil unserer Freiheit ist die Informationsfreiheit. Das Recht, sich vielfältig, aber auch wahrheitsgemäß zu informieren, ist eine wesentliche Grundlage des Willensbildungsprozesses in einer Demokratie. Die Medien bilden in einer Demokratie daher auch ein sehr wichtiges Korrektiv. Manche sprechen sogar von einer vierten Gewalt. Hier bei uns darf Gott sei Dank – das ist nicht in allen Ländern dieser Welt der Fall – nicht nur das Richtige und Wahre gesagt werden. In unserem Land hat jeder das Recht, auch Unsinn zu erzählen, solange er dabei niemand anderen schädigt. Daraus resultiert natürlich die Schwierigkeit der Medien, eine gewisse Auswahl zu treffen, was sie von dem, was die Menschen hier so sagen, berichten sollen, ohne dabei das Gebot der Vielfalt zu verletzen.

Kompliziert wurde das in den letzten Jahren und Jahrzehnten dadurch, dass die Informationsangebote so vielfältig geworden sind. Heutzutage gibt es nicht das Problem, Informationen zu erhalten, sondern heute besteht das Problem, aus dem riesigen Informationsangebot, aus dieser Informationsflut das Wahre und Richtige herauszufiltern. Die Einflussnahmen auf die Wahrheit und Deutungshoheit, die es gibt, haben sich in der letzten Zeit völlig verändert. Früher hatte recht, wer am besten argumentier-

te und seine Position am besten belegen konnte. Manchmal war das, was die meisten Menschen gesagt haben, das Richtige, und – natürlich hat es das früher auch schon gegeben – manchmal hat der, der am lautesten geschrien hat, recht bekommen. Heute gibt es andere Regeln. Heute muss man es fertigbringen, dass eine Botschaft viral geht, die Klicks maximiert werden und die Aufrufe bei YouTube in die Millionen gehen. Auch gibt es neue Phänomene, die auf das Einfluss nehmen, was richtig und wahr ist. Social Bots, Trolle, das Verbreiten von Fake News, das Ausbilden von Filterblasen usw. beeinflussen die Information der Menschen. Aber das muss man wohl hinnehmen. All das gehört zur freien Meinungsäußerung, die es bei uns gibt und die es in totalitären Staaten nicht gibt.

An dieser Stelle kommen die öffentlich-rechtlichen Medien ins Spiel, die mit ihrem Auftrag eine besondere Verantwortung haben. Um den Menschen in der heutigen Informationsflut eine verlässliche Quelle für ihre Information zu sichern, gelten für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sehr strenge gesetzliche Regeln. Geboten ist, verschiedene Meinungen im Gesamtprogramm ausgewogen und angemessen zu berücksichtigen. Die zentralen Worte lauten: Vielfalt und Ausgewogenheit. Wie schafft man das? – Man schafft es, indem man sich streng an die Trennung von Information und Kommentar hält. Es darf keinen Haltungsjournalismus geben. Es darf nicht nur über den Mainstream berichtet werden, aber es darf auch keine Plattform für Hetze und Verschwörungstheorien errichtet werden. Genau das ist die Schwierigkeit.

Um Ihnen klarzumachen, was passieren kann, wenn dies nicht gut und professionell gehandhabt wird, will ich Ihnen ein kleines Beispiel nennen: Stellen Sie sich vor, in den Hauptnachrichten wird über die Corona-Krise berichtet. Die Berichterstattung sieht so aus, dass der Sprecher sagt: Die einen behaupten, die Intensivstationen seien übervoll. Die Impfkampagne wird mit hohem Aufwand und mit Hochtouren fortgesetzt. Die Fallzahlen sinken leicht. Die Hygienemaßnahmen müssen so oder so verändert werden. Andere wiederum sagen: Dieses Virus gibt es gar nicht; die Intensivstationen sind völlig im Normalbetrieb; bei den Impfungen werden Chips implantiert, und

die Impfungen bewirken, dass die Geimpften nach 21 Tagen sterben, um der Überbevölkerung auf der Welt entgegenzuwirken; und im Übrigen ist das alles eine zionistische Verschwörung von Bill Gates.

Wollen wir solche Nachrichten? – Nein. Das, glaube ich, ist nicht im Sinne von uns allen. Deshalb ist es notwendig, sauber abzuwägen. Die Abwägung zwischen dem, was Teil der Nachrichten ist, und dem, was den Fakten entspricht, nennt man einen guten Journalismus. Ein guter und verlässlicher Journalismus spiegelt nicht einfach nur eine Behauptung wider, sondern er prüft sie mehrfach und verbreitet das, was tatsächlich eine fundierte Basis hat.

Damit der Rundfunk die schwierige Aufgabe meistern kann, vielfältig, ausgewogen und sauber zu recherchieren, hat der Gesetzgeber den Rundfunk nicht einfach sich selbst überlassen, sondern er hat den Rundfunk ganz genau reglementiert. Mit dem gesetzlichen Gebot der Staatsferne des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und einem plural zusammengesetzten Aufsichtsgremium, in dem auch ein Vertreter der AfD sitzt, wird sauber geprüft, ob Vielfalt und Ausgewogenheit auch gegeben sind. Auf die Wahrheit und Richtigkeit bei Medien und die Recherche durch einen unabhängigen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt es keinen Einfluss der Politik. Ähnliches gilt für andere Medien. Auch bei den Printmedien gibt es Aufsichtsorgane.

Aus diesem Grund kann ich nur sagen: Ich wünsche mir, dass wir weiterhin einen öffentlich-rechtlichen Rundfunk haben, der nicht von einzelnen Interessen gesteuert wird, sondern dessen Aufgabe es ist, die Bevölkerung darüber zu informieren, was auf dieser Welt geschieht, und das vielfältig, ausgewogen, zuverlässig und richtig darzustellen.

(Beifall bei der CSU)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist der Abgeordnete Benjamin Adjei vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Benjamin Adjei (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Freiheit in Netz und Medien" lautet der Titel der Aktuellen Stunde. Grundsätzlich ist das ein ganz wichtiges Thema, über das wir GRÜNE schon lange und intensiv diskutieren und das auch unbedingt stärker in den politischen Fokus rücken muss. Der Vorschlag für diese Aktuelle Stunde kam aber nicht von irgendwem, sondern ausgerechnet von der rechten Seite, von der AfD. Dadurch wird das Thema plötzlich in einen ganz anderen Fokus gerückt. Ihnen geht es nämlich nicht darum, die Freiheit der Menschen und den sicheren Umgang miteinander im digitalen Raum zu fördern. Sie wollen eigentlich nur einen rechtsfreien Raum bekommen. Sie wollen einen Raum bekommen, in dem sie agieren können, wie Sie wollen. Sie wollen ungestraft Hass und Hetze verbreiten, sie wollen mit Lügen und Desinformation die öffentliche Diskussion vergiften.

(Widerspruch bei der AfD)

Sie wollen politische Gegnerinnen und Gegner mit Drohungen und Anfeindungen fertigmachen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ganz sicher wollen Sie nicht die Freiheit im Netz bewahren; denn Hass, Hetze und Desinformation gefährden unsere Freiheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Probleme mit Hass und Hetze im Netz sind aktueller denn je. In den letzten Wochen nehmen antisemitische Kommentare, Tweets, Posts, Memes in den sozialen Netzwerken überhand. Jüdinnen und Juden werden beleidigt und bedroht. Der Holocaust wird geleugnet. Antisemitische Ressentiments werden geschürt. Sogar der Zentralrat der Juden sah sich dazu gezwungen, eine Reihe von Hasskommentaren öffentlich zu machen, um den Menschen die ganze Bandbreite der Anfeindungen, die ihm im Moment entgegengeworfen werden, direkt vor Augen zu führen.

Wichtig und richtig ist es, das jetzt öffentlich zu machen und klar zu benennen; denn aus digitalem Hass wird früher oder später immer auch physische Gewalt. Die Anschläge in Halle und in Hanau und auch der Mord an Walter Lübcke haben das auf schrecklichste Art und Weise bestätigt. Hass und Hetze gefährden unsere Demokratie und unsere Zivilgesellschaft. Das ist aber keine neue Erkenntnis. Seit Jahren weiß die Politik, dass hier Handlungsbedarf besteht. Seit Jahren versuchen wir GRÜNE auf Bundes- und Landesebene die Bundesregierung bzw. die Staatsregierung zu konsequenten Maßnahmen zu bewegen.

Die Bundesregierung hat sich nach langem Hin und Her beim Netzdurchsetzungsgesetz auf einen Kompromiss geeinigt, dem es aber vor allem an der tatsächlichen Durchsetzung des geltenden Rechts mangelt. Beim Versuch, diese Mängel durch eine Novellierung des NetzDG und den Erlass eines neuen Gesetzes gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität auszugleichen und zu beheben, hat man sich dann so stark in verfassungswidrigen Maßnahmen verfangen, dass am Schluss der Bundespräsident dieses Gesetz nicht mehr unterschreiben wollte.

Das NetzDG 2.0, das Anfang des Monats im Bundestag beschlossen worden ist, bietet aber keinerlei echte Lösungen und Maßnahmen. Es schiebt am Ende die Verantwortung nur auf die Tech-Konzerne ab und führt damit dazu, dass die Konzerne am Ende entscheiden, was gesagt und was nicht gesagt werden darf. Das sollte aber nicht die Aufgabe von privaten Unternehmen sein. Diese Aufgabe muss eine staatliche oder zivilgesellschaftlich getragene Institution übernehmen.

Um die Probleme von Hass und Hetze im Netz effektiv zu bekämpfen, fordern wir schon lange, die Justiz und die Ermittlungsbehörden endlich digital fit zu machen. Wir müssen ihnen auf der einen Seite die technische Ausstattung geben, ihnen auf der anderen Seite auch die erforderlichen Schulungen anbieten. Dass es bisher kaum Anklagen von Staatsanwaltschaften gibt und dass auch Zivilverfahren wie beispielsweise das von Renate Künast regelmäßig scheitern, ist nicht hinnehmbar. Der Rechtsstaat darf vor dem digitalen Raum nicht haltmachen.

Auch die Zivilgesellschaft darf sich aufgrund des Drucks von Hass und Hetze nicht geschlagen geben. Immer wieder ziehen sich ehrenamtlich oder kommunalpolitisch tätige Menschen von ihren Aktivitäten zurück, weil sie mit den öffentlichen Anfeindungen und Drohungen nicht nur gegenüber ihnen selbst, sondern auch gegenüber ihren Familien und dem engsten Freundeskreis nicht mehr umgehen können. Unser Ziel muss es deshalb sein, die Zivilgesellschaft strukturell und nachhaltig zu stärken und Prävention gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Menschen, die sich für unsere Demokratie und für unsere Gesellschaft einsetzen, müssen endlich unterstützt und geschützt werden. Da sind Sie, die Staatsregierung, gefordert. Die Vorschläge dazu liegen längst auf dem Tisch. Machen Sie endlich etwas dagegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um die Debattenkultur im Netz zu stärken und einen freien Informations- und Meinungsaustausch sicherzustellen oder zu ermöglichen, müssen wir Politiker uns mit den Fragen von Information und Desinformation beschäftigen. Noch nie war es den Menschen möglich, sich so schnell und so einfach Informationen jeglicher Art zu beschaffen. Google, Wikipedia oder YouTube bieten Antworten auf quasi alle Fragen, führen aber auch zu einem Dschungel aus Informationen, den man manchmal kaum noch durchsehen und vor allem auch einordnen kann. Welcher Quelle kann ich vertrauen? Wo werden Halbwahrheiten verbreitet oder wird sogar ganz gezielt Desinformation betrieben? Die sozialen Medien befeuern diese Unsicherheit sogar noch, indem sie intransparente Algorithmen, Filterblasen und Echokammern erzeugen.

Rechte Kreise nutzen das ganz bewusst aus, um gezielt Desinformationskampagnen zu führen und damit den Meinungsbildungsprozess zu manipulieren. Studien belegen, dass etwa 50 % der Falschinformationen und Hasskommentare von gerade einmal

5 % der Accounts, von sogenannten Trollen, verbreitet werden. Wenn wir unsere Demokratie schützen wollen, müssen wir die Desinformationsmaschinerie auch entschieden bekämpfen und ihr entgegenreten. Die Plattformbetreiber müssen gegen den missbräuchlichen Einsatz von Social Bots und Fake-Profilen aktiv werden und diese kennzeichnen. Die Algorithmen müssen transparent und nachvollziehbar gemacht werden. Falschmeldungen müssen effektiver bekämpft werden. Und, ganz wichtig, Menschen müssen sich frei und souverän im Netz bewegen können. Dafür brauchen wir mehr Angebote, die Medienkompetenzen vermitteln und Unterstützung im Kampf gegen organisierte Hasskampagnen bieten.

Liebe Kolleg\*innen der demokratischen Fraktionen, stellen wir uns gemeinsam entschieden gegen Hass und Hetze im Netz. Lasst uns gemeinsam unsere Demokratie verteidigen und freien und sicheren Meinungs austausch für alle Menschen sicherstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Danke schön. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Vizepräsident Alexander Hold von der Fraktion der FREIEN WÄHLER.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ja, die Herren von der AfD, ich habe lange überlegt, was Sie mit dem Thema überhaupt wollen. Sie haben es aber klagemacht: Sie haben Angst vor Faktencheckern, und das haben Sie genauso gesagt. Klar, natürlich haben Sie Angst vor Faktencheckern, weil Fakten Ihr Feind sind. So ist es. Letzten Endes haben Sie Angst vor einem Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das Sie hier pauschal kritisieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Unruhe bei der AfD)

Warum? – Dieses Gesetz schafft den Rahmen nicht deswegen, um im Internet Meinungen zu verbieten, sondern um sicherzustellen, dass Ehre und Persönlichkeitsrech-

te für Einzelne auch im Internet geschützt sind. Sie haben Angst, dass Hass und Hetze eingedämmt werden. Das ist Ihre größte Angst!

(Beifall)

Debattenkultur – sie besteht leider oft auch darin, Unsinn ganz gelassen hinzunehmen. Da sind wir bei einem Großteil Ihrer Redebeiträge stark gefordert, zum Beispiel genau jetzt. Die Debattenkultur gibt uns aber auch das Recht, erlegt uns sogar die Pflicht auf, Ihren Zerrbildern, Ihrer Verunglimpfung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu widersprechen. So, wie wir Ihre Meinungen ertragen, müssen Sie aber eben auch den Widerspruch der Demokraten ertragen.

(Beifall – Unruhe bei der AfD)

Ich frage mich schon: Was ist überhaupt Ihr Bild von Debattenkultur? Wer klebt denn hier Plakate an Scheiben, anstatt sich mit Argumenten zu artikulieren? Wer versucht, durch Gasmasken am Rednerpult Debatten lächerlich zu machen? Wer hatte einen in seinen Reihen, der hier im Landtag bei einer Trauerminute für den durch einen feigen Rechtsextremisten getöteten Walter Lübcke als Einziger sitzen blieb? Wer bezeichnet die NS-Zeit als "Vogelschiss der Geschichte"? Wer verlässt den Sitzungssaal, wenn Charlotte Knobloch beim Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus unbequeme Wahrheiten ausspricht? Wer also ersetzt hier Debattenkultur durch Peinlichkeiten und erbärmliche Respektlosigkeit? Und wer forciert die Verrohung des gesellschaftlichen Diskurses, meine Damen und Herren?

(Beifall)

Für mich muss das Nachdenken über Debattenkultur auf einem ganz anderen Niveau stattfinden. Ja, auch ich sehe, es täte vielen in unserem Land sehr gut, etwas mehr Gelassenheit im Umgang mit unsinnigen Meinungsäußerungen anderer an den Tag zu legen. Wenn zum Beispiel Schauspieler im Frust über den Lockdown verschwurbelt das Funktionieren unserer Demokratie in Zweifel ziehen, dann erfordert eine offene

Debattenkultur eher, sich mit ihren Zerrbildern auseinanderzusetzen, anstatt gleich zu fordern, sie nicht mehr aus unseren Rundfunkbeiträgen zu alimentieren. Aber genau das hat doch dann am Ende als Reflex auf die "Alles-dichtmachen-Kampagne" stattgefunden, eine lebhaftige Debatte über Zerrbilder, über Vorbildfunktion und auch darüber, was man sagen sollte und was nicht, wenn man ernst genommen werden will. Siehe da, jeder konnte sich in die Debatte einbringen, niemandem wurde der Mund verboten, niemand hat seinen Job verloren, weil er Unbequemes gesagt oder Unbelegbares behauptet hat.

(Lachen und Unruhe bei der AfD)

Genau das ist der feine Unterschied zwischen Ihrem Zerrbild von Zensur, das Sie mit dieser Aktuellen Stunde erreichen wollen.

(Unruhe bei der AfD)

Es macht eben einen großen Unterschied, ob man etwas nicht sagen darf oder ob man sich vielleicht gar nicht traut, etwas zu sagen, weil man den Widerspruch nicht aushält oder weil man damit blamiert, entlarvt oder isoliert wird. Diese Unterscheidung ist mir ganz wichtig.

Unsere Grundordnung schützt jede Meinung. Das ist keine leere Hülse. Unser Staat setzt diesen Schutz auch durch. Der Staat ist dabei ein Vorbild an Toleranz gegenüber Mindermeinung, gegen skurrile und gegen unsinnige Meinung. Erst wenn Meinung zu Hass und Hetze wird, wenn die Grundrechte anderer verletzt werden, dann endet das Recht auf freie Meinungsäußerung. Genau dann ist dieses Netzwerkdurchsetzungsgesetz eben auch erforderlich.

Lassen Sie mich am Rande noch sagen: Auch Versammlungen gehören zur Debattenkultur. Dieser Staat schützt Woche für Woche auch die Versammlungs- und Meinungsfreiheit derer, die diesen Staat und unsere Ordnung ablehnen, die sich gegen ihn auflehnen. Diesen Schutz der Freiheit Andersdenkender lässt sich unsere Demokratie

sogar einiges kosten. An dieser Stelle deshalb herzlichen Dank an die Ordnungsbehörden und vor allem an all die Polizeibeamten, die sich Wochenende für Wochenende dafür bespucken, beschimpfen lassen müssen, dass sie genau Ihre Meinungsfreiheit schützen, meine Damen und Herren!

(Lebhafter Beifall)

Auf diesen Demos skandieren Ihre Parteigänger Meinungsfreiheit und greifen dann tätlich Journalisten an, die Interviews führen wollen oder die sich erlauben, das Geschehen filmisch zu dokumentieren. Aber auch unbequeme Fragen von Journalisten und Wissenschaftlern gehören zur Debattenkultur.

Meine Damen und Herren, dass ausgerechnet Sie Meinungsfreiheit und Debattenkultur fordern, das ist ungefähr so, wie wenn der Wolf vor der Stalltür Freiheit für die Hühner fordert. – Danke, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall)

**Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring:** Nächster Redner ist nun Herr Kollege Christian Flisek von der SPD-Fraktion.

**Christian Flisek (SPD):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kolleginnen und Kollegen von der AfD, wenn man sich Ihre politische Arbeit anschaut, kommt man zum Schluss: Sie scheinen hier im Bayerischen Landtag nichts anderes zu sein als die verlängerte Werkbank einer zentralgesteuerten Parteikampagne. Am 30. April fand eine Aktuelle Stunde zum selben Thema im Landtag von Nordrhein-Westfalen statt, am 7. Mai das gleiche Spiel im Deutschen Bundestag, heute nun hier im Bayerischen Landtag.

Gestern haben Sie im Wissenschaftsausschuss einen Gesetzentwurf eingebracht, mit dem Sie die Einsetzung eines hauptamtlichen und aus Steuermitteln finanzierten Freiheitsbeauftragten an allen 33 bayerischen Hochschulen fordern. Gerade der gestrige Gesetzentwurf zeigt deutlich, wessen Geistes Kind Ihre Freiheitsinszenierung hier im

Parlament ist. Auf Nachfrage hat Ihr Vertreter im Ausschuss, Herr Kollege Singer, nämlich nicht einen einzigen Fall an einer bayerischen Universität benennen können, wo ein solcher Freiheitsbeauftragter hätte tätig werden sollen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht nur Inszenierung von Freiheit, das ist am Ende auch eine absurde Verschwendung von Steuergeldern.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der AfD)

Dann schreiben Sie, dass das Geld für diesen Freiheitsbeauftragten vom Budget der Gleichstellungsbeauftragten genommen werden soll. Das zeigt auch eines: Immer wenn Sie von Freiheit reden, geht es Ihnen nicht darum, die Bürgerinnen und Bürger zu stärken, sondern nur darum, Ängste zu schüren, die Gesellschaft zu spalten. Das ist das Geschäftsmodell der AfD.

(Beifall bei der SPD – Unruhe bei der AfD)

Ich will noch eine grundsätzliche Bemerkung und konkrete Vorschläge zum Thema machen. Ja, alle Staatsgewalt geht vom Volke aus, so steht es in unserem Grundgesetz. Dabei bildet der Grundsatz der freien Wahl die Herzkammer unserer Demokratie. Der freie Wahlakt der Bürger findet jedoch nicht im luftleeren Raum statt, sondern gründet auf einer freien öffentlichen Meinungsdebatte. Konstituierend hierfür ist das individuelle Grundrecht auf freie Meinungsäußerung. Das ist nicht nur normativ so, nein, Gott sei Dank, das ist gelebte verfassungspolitische Praxis in Bayern und in Deutschland.

Das Recht auf freie Meinungsäußerung bedeutet aber nicht nur, dass man im Rahmen der Gesetze seine Meinung frei äußern kann, sondern es bedeutet auch, dass ich es aushalten muss, wenn die anderen mir sagen, was sie von meiner Meinung halten. Auch das ist Meinungsfreiheit. Da scheinen Sie von der AfD aber ehrlich gesagt etwas zart besaitet zu sein. Immer dann, wenn Ihnen der Wind entgegenbläst, sprechen Sie allzu gern vom Kartell der Altparteien oder von der Lügenpresse. Dabei vergessen Sie, dass hinter dem sogenannten Kartell der Altparteien oder der sogenannten Lü-

genpresse nichts anderes steht als die weitaus größte Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, die allesamt durch den Gebrauch ihrer Meinungsfreiheit Ihnen mitteilen, was von Ihren Vorschlägen zu halten ist.

(Beifall bei der SPD)

Sie sagen auch eines deutlich: Wir lassen uns unsere freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie nicht von einer politischen Kraft, die auf Angst und Spaltung setzt, zerstören.

Zur Analyse des heutigen Themas gehört auch, dass sich der öffentliche Meinungsdiskurs im digitalen Kontext – darauf ist schon hingewiesen worden – komplett verändert hat. Die Verbreitung von Fake News, also von bewussten falschen Informationen in Wort und Bild, ist eines der größten der Gifte für unsere öffentliche Meinungsdebatte. Auch hier agieren Mitglieder Ihrer Fraktion an der Spitze der Bewegung und werden, Gott sei Dank, dafür auch strafrechtlich belangt.

Zur Wahrheit gehört auch, dass wir mit unserem bisherigen rechtlichen Instrumentarium dem nicht wirklich Herr werden. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ordnet Entfernung oder Sperrung rechtswidriger Inhalte zwar an, aber nur, wenn Straftatbestände erfüllt sind. Der Großteil der bewussten Falschmeldungen erfüllt dies nicht. Auch das Kennzeichnen von Falschmeldungen ist ein Rennen, das sich nicht gewinnen lässt. Dabei gilt es zu betonen – das sage ich Ihnen hier auch mal –, dass Fake News, also unrichtige Informationen, unter dem Blickwinkel der Meinungsfreiheit überhaupt kein schützenswertes Gut sind. Wer bewusst Falschmeldungen verbreitet, kann sich nicht auf Meinungsfreiheit berufen. Das ist ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes.

Was also tun? – Ich denke, wir müssen auf zwei Ebenen ansetzen. Wir müssen zum einen dafür sorgen, dass die Urteilskraft und die Kritikfähigkeit aller Bürgerinnen und Bürger, aber insbesondere unserer Kinder gestärkt werden. Damit gehen wir leider bisher stiefmütterlich um. Ich sage es ganz deutlich: Hier etwas entgegenzusetzen,

dazu hätten wir hier im Bayerischen Landtag die Kompetenzen, die Mittel und auch die Möglichkeiten.

(Beifall bei der SPD)

Ja, wir müssen auch eine Debatte darüber führen, wie wir unser rechtliches Instrumentarium fortentwickeln können. Ich halte eine gesetzliche Richtigstellungspflicht für politische Parteien und ihre Funktionäre bei Fake News für diskussionswürdig. Sie alle kennen das aus dem Presserecht. Da gibt es diesen Gegendarstellungsanspruch bereits. Übertragen auf Fake News in sozialen Medien –

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Flisek, denken Sie an Ihre Redezeit!

**Christian Flisek (SPD):** – würde das bedeuten – ich komme zum Schluss –, dass an gleicher Stelle, mit derselben Publizität und vor demselben Forum eine Richtigstellung vorgenommen werden muss. Ich bin überzeugt, dass es sich lohnt, über so etwas nachzudenken.

Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das man kritisieren kann, das aber ein Fortschritt in dieser ganzen Debatte war, bietet sich als Sitz einer solchen Normierung an. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Flisek. – Nächster Redner ist Herr Kollege Helmut Markwort für die FDP-Fraktion.

**Helmut Markwort (FDP):** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir reden heute über ein wichtiges, zentrales Thema der Freien Demokraten, über Freiheit in den Medien und eine freiheitliche Debattenkultur. Seit Theodor Heuss halten wir diese Werte hoch. Er war Chefredakteur einer Tageszeitung und hat viele kluge Bücher geschrieben, bevor er der erste Bundespräsident unseres Landes

wurde. Dieser gebildete Liberale hat das geistige Klima in Deutschland geprägt. Wir setzen diese Tradition fort, beispielsweise mit dem Vorkämpfer Wolfgang Kubicki; denn die Meinungsfreiheit und die anderen Grundrechte werden von vielen Seiten bedroht.

Was viele fühlen, haben die Meinungsforscher aus Allensbach empirisch bestätigt: Fast zwei Drittel der Bürger sind der Ansicht, dass man sehr aufpassen müsse, zu welchem Thema man sich wie äußert. – So viel zur beängstigenden Stimmung in der öffentlichen Meinung, die wir ernst nehmen müssen.

Jetzt zur veröffentlichten Meinung, die oft anders ist. Jeder kann spüren, dass sich die Macht der Medien verschiebt. Sie werden immer einflussreicher, geraten aber in eine Schiefelage. Die Printmedien werden schwächer. Die Auflagen nahezu aller Zeitungen und Zeitschriften sinken, ihre Vielfalt schrumpft.

Ich will ein Beispiel nennen: In den Nachrichten hören Sie oft von Interviews für die Funke Mediengruppe. Diese Gruppe ist ein Konglomerat von einem Dutzend großer Tageszeitungen, die einmal selbstständig waren und miteinander konkurriert haben. Sie erscheinen in fünf Bundesländern und werden von einem Konzern gesteuert. Für die Verleger ist das rentabel, für die Informationsvielfalt gefährlich.

Früher haben zwölf parlamentarische Redaktionen unterschiedlich über die Regierung berichtet. Jetzt gibt es ein gemeinsames Interview. Früher konnten Journalisten zwischen diesen Blättern wechseln. Wer heute mit einer dieser Zeitungen ein Problem hat, kann für die anderen schnell Persona non grata sein.

Diese Funke-Tendenz gibt es in ganz Deutschland. Immer mehr Zeitungen sind in einer Hand. Ein Münchner Verleger – Respekt dafür! – ist inzwischen der mächtigste Zeitungsmann in Hessen. Überall wird an den Redaktionen gespart – ein Schaden für die journalistische Qualität. Auch bei Zeitschriften wird abgebaut. Der unter Henri Nannen bedeutende "Stern" hat seine politische Redaktion ausgelagert. Der einst stolze

Hamburger Verlag Gruner + Jahr muss unter das Dach von Radio Télé Luxemburg kriechen.

Starke Meinungsmacher sind nach wie vor die öffentlich-rechtlichen Sender, die wir mit mehr als 8 Milliarden Euro finanzieren. Nach verschiedenen Studien kann die Mehrheit ihrer redaktionellen Mitarbeiter als eher grün-links eingestuft werden. Eine Sonntagsumfrage unter den Redakteuren ergab, dass die meisten ihre Stimme den GRÜNEN geben möchten. Neuerdings hat eine Umfrage unter den 150 Volontären der ARD großes Aufsehen erregt: Die GRÜNEN erreichten die absolute Mehrheit mit 57,1 %, DIE LINKE kam auf bemerkenswerte 23,4 %, die SPD auf 11,7 %. Union und FDP erreichten nicht einmal gemeinsam die Sperrgrenze von 5 %.

Nun hat jeder das Recht zu wählen, wen er will. Wenn er bei ARD oder ZDF arbeitet, ist er dennoch zur Ausgewogenheit verpflichtet. Das ist nach der reinen Lehre richtig, in der Praxis schwierig. Niemand kann seine Gesinnung komplett ausschalten, wenn er Nachrichten und Themen gewichten muss. Wir wissen, dass es Objektivität nicht gibt.

Legen Sie jeden Tag die "Süddeutsche" und die "Frankfurter" nebeneinander, und Sie werden viele Unterschiede feststellen: Worüber die einen vierspaltig berichten, das ist den anderen nur eine kleine Meldung wert. Die Auswahl von groß, klein oder gar nicht findet im Kopf der Redakteure statt. Die "Tagesschau", nach wie vor die meistgenutzte Nachrichtensendung, präsentiert jeden Tag etwa zehn Meldungen, zehn aus einem Angebot von mehr als hundert. Die Redakteure müssen Themen, Bilder und Redner auswählen.

Die Subjektivität des öffentlich-rechtlichen Personals lässt sich bei der Besetzung der Talkshows erkennen. Linke wie Sarah Wagenknecht und viele GRÜNE werden am häufigsten eingeladen. Die Kandidatin Baerbock feiern manche wie Groupies. Im Netz kursiert die Scherzfrage, ob man den Rundfunkbeitrag von der Steuer absetzen könne, als Parteispende für die GRÜNEN.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Markwort, Ihre Sendezeit ist zu Ende.

(Heiterkeit)

**Helmut Markwort (FDP):** Im Netz erleben wir eine neue Medienwelt. Meinungschance für alle und Schwarmintelligenz auf der einen Seite, auf der anderen aber so unsympathische Erscheinungen wie Shitstorm und Cancel Culture. Wir Freien Demokraten stören uns vor allem an der neuerdings erlaubten Privatjustiz.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Markwort.

**Helmut Markwort (FDP):** Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz erlaubt es den großen Plattformbetreibern, nach eigenem Geschmack –

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Herr Kollege Markwort!

**Helmut Markwort (FDP):** – Inhalte auszutilgen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Können Sie mich hören?

**Helmut Markwort (FDP):** Aus Angst vor Bußgeldern –

(Heiterkeit)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Hallo, Herr Kollege Markwort?

**Helmut Markwort (FDP):** – löschen sie Inhalte, die ihnen heikel erscheinen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Hallo, Herr Kollege Markwort, Ihre Sendezeit ist definitiv zu Ende,

**Helmut Markwort (FDP):** Tausend Content-Moderatoren durchforsten die Texte.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Und die nachfolgenden Sendungen verschieben sich auf unabsehbare Zeit.

(Heiterkeit)

**Helmut Markwort (FDP):** Lieber löschen sie zu viel. Dieses Gesetz muss geändert werden.

(Beifall bei der FDP)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** In Ordnung.

**Helmut Markwort (FDP):** Danke schön.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Markwort. – Nächster Redner ist Herr Kollege Josef Schmid für die CSU-Fraktion.

**Josef Schmid (CSU):** Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Als ich vor zwei Tagen – vielleicht war es auch erst gestern – gefragt wurde, ob ich heute einen Redebeitrag zum Thema "Freiheit in Netz und Medien – für eine offene und freiheitliche Debattenkultur" übernehmen könnte, und dann erfahren habe, dass dieses Thema auf Vorschlag der AfD-Fraktion behandelt wird, habe ich wirklich gedacht, ich bin im falschen Film.

Sie haben in jede Ihrer Reden die ständige Provokation eingebaut. Sie würdigen in fast jeder Ihrer Reden Kolleginnen und Kollegen aus dem Parlament herab. Zudem leugnen Sie Fakten. Ich sage nur: starre Weltansichten, zwanghafte Vorstellungen von einer Wirklichkeit, die nur in Ihren Köpfen herrscht, und die permanente diffuse Angst vor und Hetze gegen Menschen mit Migrationshintergrund.

Meine Damen und Herren, dass Sie von der AfD dieses Thema der Aktuellen Stunde mit der Forderung nach einer freiheitlichen Debattenkultur verbinden, ist ein totaler Witz und wahrscheinlich noch viel mehr.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Meinungsfreiheit ist die Grundvoraussetzung für eine freie und demokratische Gesellschaft. Deswegen ist Artikel 5 Absatz 1 unseres Grundgesetzes so wichtig. Darin heißt es:

Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

Das ist vor dem Hintergrund unserer Geschichte wichtig.

Aber die Meinungsfreiheit hat auch Grenzen, nämlich in der Schmähkritik, in formalen Beleidigungen, in der Herabsetzung und in der Diffamierung des Gegenübers. So steht es in Artikel 5 Absatz 2 des Grundgesetzes. Da sind Sie von der AfD ganz vorne mit dabei.

Als beispielsweise Bundeskanzlerin Angela Merkel in Quarantäne war, gab es die folgende Reaktion Ihres Fraktionsmitglieds Winhart: "Gut, hinter Gitter wäre besser, aber es ist ja schon mal ein Anfang." Finden Sie, dass das noch irgendetwas mit einer offenen und freiheitlichen Debattenkultur zu tun hat? Finden Sie, dass die Fototäuschung des Kollegen Stadler, der dafür einen Strafbefehl bekommen hat, mit unserer Präsidentin aus dem Bayerischen Landtag noch irgendetwas mit einer offenen und demokratischen Debattenkultur zu tun hat? Finden Sie, dass Ausdrücke wie "Kopftuchmädchen" und "alimentierte Messermänner" von Alice Weidel noch irgendetwas mit einer offenen und demokratischen Debattenkultur zu tun haben? – Nein, meine Damen und Herren, Ihre Beleidigungen und Ihre zum Teil auch hasserfüllten Reden – das haben Sie an dem Beispiel gerade gesehen – sind das schlechteste Beispiel. Deswegen ist es ein Witz, dass genau Sie dieses Thema hier aufziehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In der Anonymität des Internets ist das Ganze noch viel schlimmer. Warum? – Weil man mehr Leute erreicht und weil sich diese Informationen, die keine Informationen sind, sondern Schmähkritik und Beleidigungen, schneller verbreiten. Es ist etwas anderes, ob man jemandem etwas ins Gesicht sagt oder ob man das einfach in das Netz stellt. Das ist oft der Nährboden für Gewalt, Ausschreitungen und alle diese Dinge, die uns heute zu schaffen machen.

Deswegen ist es völlig richtig, Herr Kollege Adjei, dass wir etwas machen müssen. Aber das hat die Staatsregierung bereits gemacht. Wir haben ein hervorragendes Konzept unseres Bayerischen Staatsministers der Justiz, der das nachher noch betonen und darstellen wird, gegen Hate Speech, mit einem Hate-Speech-Beauftragten – ein zentrales Element – und der Verbreitung über alle 22 bayerischen Staatsanwaltschaften hinweg. In der Juristenausbildung wird ein besonderer Wert auf die Tatbestände gelegt, die durch Verleumder, Beleidiger und Hetzer erfüllt werden.

Schließlich hat der Bundestag am Donnerstag, dem 6. Mai, den Gesetzentwurf der Bundesregierung zum Netzwerkdurchsetzungsgesetz beschlossen. Auch dazu wird der bayerische Staatsminister noch einiges sagen.

Wenn Sie von der AfD zu einer offenen und freiheitlichen Debattenkultur beitragen wollen, dann, so glaube ich, ist es einfach das Beste, wenn Sie gar nichts mehr sagen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Schmid. – Nächste Rednerin ist für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Frau Kollegin Susanne Kurz.

**Susanne Kurz (GRÜNE):** Sehr verehrtes Präsidium, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die inhaltliche Auseinandersetzung ist Grundnahrungsmittel einer lebendigen Demokratie. Meinungsfreiheit ist ein hohes Gut. Meinungsfreiheit ist aber keine Rechtfertigung für Ausgrenzung und Beleidigung.

Wer die Würde anderer Menschen infrage stellt, äußert keine Meinung und will sich nicht inhaltlich auseinandersetzen, sondern betreibt geistige Brandstiftung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Widerspruch und klare Kante in der Debatte sind bei geistiger Brandstiftung wichtig und richtig; denn Demokratien sterben heute nicht mehr laut, sondern leise.

Ziemlich genau vor vier Jahren war es, im Angesicht der Bundestagswahl 2017, als sich die Redaktion von "ZEIT ONLINE" um die Diskurse in unserem Land so sehr sorgte, dass sie beschloss, etwas zu verändern. Dass wir alle Fakten gerne ausblenden, die nicht unserer Überzeugung entsprechen, haben zahlreiche Studien belegt. Dass es also nicht ausreicht, Fake News einfach nur richtigzustellen, ist die Folge daraus.

Die Redaktion überlegte sich: Wie können wir den Zentrifugalkräften unserer Gesellschaft entgegenwirken? – Eine Art "Tinder für die Politik" war die Lösung. "Deutschland spricht" war geboren. Unter der Prämisse: "Würden Sie gerne einen Nachbarn treffen, der komplett andere Ansichten hat als Sie?", trafen sich so seit Beginn des Projekts über 60.000 Menschen zum persönlichen Gespräch. In mehr als acht Ländern gibt es das Konzept inzwischen. Etliche Medienpartnerinnen und Medienpartner sind dabei. Die wissenschaftliche Begleitung des Projekts zeigt: Ja, rund zwei Drittel überdenken eine festgefahrene Meinung. Ja, es macht allen Spaß, die zum Treffen gekommen sind.

Doch die Redaktion der "ZEIT" musste erkennen, dass auch sie eine Art Filterblase ist und dass in den Anmeldungen zum "Polit-Tinder ‚Deutschland spricht'" nur ganz bestimmte Menschen gematcht wurden, weil sich nämlich nur bestimmte Personen überhaupt angemeldet hatten. Woran lag das? – Das lag daran, dass die "ZEIT" nicht von allen Menschen in diesem Land gelesen wird.

Für eine gute Demokratie braucht es menschliche Interaktion, Konflikt, Argumente und Debatte. Aber es braucht auch eine breite Beteiligung unserer Gesellschaft, eine Sichtbarkeit und Hörbarkeit marginalisierter Gruppen, ein Raumgeben für Stimmen, deren Biografie eine andere ist als meine – die anders aussehen als ich, die anders leben, lieben oder glauben. All diese Menschen müssen gehört werden, und das an den unterschiedlichsten Orten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Ich sitze im Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks. Unter uns Mitgliedern ist eine einzige Person nicht weiß. Behindertenverbände entsenden ebenfalls nur eine einzige Person, Queer-Verbände niemanden. Auch eine muslimische Vertretung gibt es bis heute dort nicht.

In Medienhäusern – seien es Zeitungen, Zeitschriften oder Fernsehsender, privatrechtlich und öffentlich-rechtlich – haben wir eine sehr ähnliche Situation. Das ist ein Problem. Das bildet nicht die Wirklichkeit ab, in der wir leben, nicht die Lebensumstände und nicht die Meinungen der Menschen, mit denen wir zusammenleben.

Es gibt erste zaghafte Versuche, jenen eine Stimme zu geben, die zu lange aus Bequemlichkeit, Gewohnheit oder Angst als irrelevante Minderheit abgetan wurden. Aber auch da ist es wieder die Filterblase, die diese Stimmen oft erstickt, weil sie eben nicht laut sind, nicht populistisch, sondern nur anmerken wollen, was sonst eigentlich noch bedacht werden sollte.

In meinem Stimmkreis leben Menschen aus über hundert Nationen friedlich zusammen. In der Moderation von Sendungen des BR oder als Figuren fiktionaler Angebote, bei denen die Herkunft keine Rolle spielt, kommen sie nicht vor. Auch gibt es fast keine Figuren, die eine Behinderung haben, ohne dass das explizit Teil der "Problematik" ist, wie der blinde Detektiv oder eine Lehrerin in einer Serie, die einfach so eine Transfrau ist. Warum sehe ich das nicht?

Offene Debattenkultur, liebe Kolleginnen und Kollegen, lebt davon, wie vielstimmig eine Gesellschaft ist. Vielfalt in Film und Fernsehen, in Radio und Zeitung hat sehr viel mit dieser Vielstimmigkeit zu tun. Wenn wir viele Stimmen zulassen, ihnen Raum, Sichtbarkeit und Gehör geben in unseren Medien, dann haben wir die Chance, statt der schrägen Kakophonie der wenigen sehr Lauten einen Vielklang aller zu hören, der unsere Demokratie stärkt und bereichert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kurz. – Nächste Rednerin ist für die Fraktion der FREIEN WÄHLER Frau Kollegin Gabi Schmidt.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Frau Kollegin Kurz, ich möchte mich jetzt auf Sie beziehen. Ich glaube nicht, dass die AfD-Fraktion bezwecken wollte, dass wir uns über Vielfalt im Netz unterhalten. Mir kommt der Titel dieser Aktuellen Stunde eher so vor, als erhofft sich die AfD-Fraktion eine Generalamnestie für schlechtes Verhalten im Netz und im Leben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD)

– Schön, dass Sie Humor haben. Bei dem, was Sie so schreiben, ist das gut.

(Zurufe)

– Es ist schön, dass Sie lachen; denn es ist wirklich nicht ernst zu nehmen, wenn man den Bock zum Gärtner macht. Meinungsfreiheit hört auf, wo Diskriminierung anfängt, und die Königin der Diskriminierung sind eigentlich Sie.

Ich nehme jetzt bloß den eigentlichen Vorredner, der ja ausgetauscht wurde: Herrn Stadler. Von gestern bis heute konnte ich mir in Ermangelung von Zeit bloß einen mit seinen Diskriminierungen im Netz vornehmen. Zu mehr hat es leider nicht gereicht. Sie haben so viele menschenfeindliche Kommentare oder Likes auf Ihren Seiten, dass

wir Ihnen dieses Thema, wenn wir es ernsthaft behandeln wollen, wirklich nicht zutrauen können.

Da liked Herr Stadler gern, wenn die Kanzlerin einen Zitteranfall hat, und jemand schreibt darunter: "Ja, Adolf hat sich auch zu Tode gezittert. Vielleicht geht es jetzt weiter." – Dann kommt ein Like vom Kollegen Stadler usw.

Hetze und Diskriminierung im Netz – übrigens wurden allein im letzten Monat sieben Facebook-Beiträge und -Konten gesperrt, und das schon jetzt, bei diesem dünnen Gesetz. Vielleicht ist es ein bisschen so wie im Märchen, dass irgendwann jemand schreit: Entschuldigen Sie, der Kaiser hat keine Kleider an! – In dem Bereich ist die AfD komplett nackt.

(Die Abgeordnete hebt eine Zeitung hoch)

Das ist jetzt nur eine Zeitung, die auf drei Seiten aufdröseln, wo Sie Menschen beleidigen und diskriminieren. Ich schaue jetzt die Kollegin an. Uns ist es genauso passiert. Da werden auf einer Partiseite noch Beleidigungen verteilt und verbreitet.

Meinungsfreiheit und Streit in der Sache sind absolut in Ordnung. Dass Sie etwas gegen das Impfen haben, ist das eine. Dass dann aber einige von Ihnen Impfwillinge sind, dass man miteinander beim Impfen war, ist das andere und ist Wahrheit, die man im Netz verbreiten dürfte. Dass Impfen uns umbringt, wäre eine Unwahrheit und würde gelöscht werden.

Das müssen wir in Zukunft gut auseinanderhalten. Dafür sind Sie aber die absolut Falschen.

(Zuruf des Abgeordneten Ralf Stadler (AfD))

– Schlechter als Sie? Die anderen habe ich alle noch nicht angeschaut, Herr Stadler. Übrigens, Herr Stadler, da habe ich etwas: Sie kommen im Netz mit Recht und Unrecht nicht zurecht.

(Zuruf)

Ich würde es einmal im realen Leben probieren, Herr Stadler. Ich lasse Ihnen gern einen Luftballon da. Sie brauchen Luftballons nicht im Netz zu manipulieren. Es gibt Parteien, die können sie mit Ihrem Aufdruck bestellen. Sie brauchen das gar nicht online zu machen und Amnestie zu verlangen, gell? Ich habe jetzt einen für den Kollegen gehabt, damit Sie es auseinanderkennen. Der hat sogar dieselbe Farbe.

Sie beleidigen Menschen ständig, immer und überall. Sie schreiben, Sie gingen nicht mehr bei Saturn einkaufen, weil eine Verkäuferin dort Muslima sei und ein Kopftuch trage. Schämen Sie sich!

(Beifall)

Wenn Sie schon im realen Leben Menschen nicht anständig behandeln können,

(Zuruf)

wie können wir ausgerechnet Ihnen die Netzpolizei zutrauen?

(Zurufe)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Hallo! Können Sie einmal mit diesen Zwischenrufen aufhören! Wir sind hier nicht auf dem Fußballplatz, sondern im Plenarsaal! Zwischenrufe sind in Ordnung, aber Dauerfeuer ist es nicht.

(Beifall)

Frau Schmidt hat jetzt das Wort. Sie haben gleich das Wort, aber jetzt ist noch Frau Schmidt an der Reihe. – Frau Schmidt, bitte schön.

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Wenn Sie im Netz nicht zwischen mein und dein und richtig und falsch unterscheiden können, wie, glauben Sie denn, können Sie die treibende Kraft dafür sein, in Zukunft die Regeln fürs Netz festzulegen? Was Sie im realen Leben nicht zum Nachbarn sagen dürfen, das dürfen Sie im Netz auch nicht zu

ihm sagen. Es wird immer beleidigend sein, wenn Sie in Jubel ausbrechen, wenn ein grüner Politiker als Bettwanze bezeichnet wird, oder wenn Sie es liken, dass man einen Außenminister oder einen ehemaligen Ministerpräsidenten an die Wand stellen will. Und Sie wollen sich aufmachen, Netzpolizei zu sein und mehr Meinungsfreiheit zu wollen!

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau Schmidt, Ihre Redezeit ist zu Ende!

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Meinungsfreiheit endet da, wo die Diskriminierung anderer beginnt.

(Zurufe)

– Und die Diskriminierung beginnt schon mit Ihren Zwischenrufen, die keiner verstehen kann. Ich freue mich, dass Sie so großartig zeigen können, dass Sie Meinungsfreiheit nicht ertragen.

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Frau Kollegin Schmidt!

**Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER):** Genau deshalb sind Sie die Falschen. – Danke schön.

(Beifall)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Stadler für die AfD-Fraktion.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Entschuldigen Sie, ich habe noch 25 Sekunden! Ich lasse Ihnen die Zeitung da!)

– Nein! Frau Schmidt, nehmen Sie die Zeitung bitte mit. Herr Stadler hat das Wort. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

**Ralf Stadler (AfD):** Habe die Ehre, Herr Präsident, sehr geehrte Abgeordnete! Das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern, ohne eine Zensur befürchten zu müssen, ist ein Grundrecht des liberalen Rechtsstaates und in Artikel 5 des Grundgesetzes verbrieft. Richtigerweise muss dieses Grundrecht als Meinungsäußerungsfreiheit bezeichnet werden: Sie dürfen zwar alles sagen, auch in anderen Ländern, aber nicht ungestraft. – Das ist mittlerweile ein geflügeltes Wort.

(Zuruf)

– Hören Sie doch zu! – Damit sind aber nicht die Schranken der Strafgesetze gemeint, sondern unbequeme Meinungen, die nicht dem Zeitgeist entsprechen und damit der Bestrafung durch den Mainstream unterliegen.

(Zuruf)

Politisch nicht korrekte Inhalte werden bestraft, nicht nur medial, sondern auch beruflich und sozial. Die Verbannung vom Stammtisch ist noch das harmloseste Mittel, um jemanden für seine Meinung abzustrafen.

(Zurufe)

Einer Allensbach-Umfrage aus dem Jahre 2019 zufolge haben zwei Drittel der deutschen Bevölkerung das Gefühl, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können. Es gibt Rede- und Auftrittsverbote für Prominente aus Politik und Kultur. Schauspieler werden aus Filmen, Gedichte von Hauswänden, Autoren aus Verlagsprogrammen und Autorinnen aus Debütantinnensalons entfernt. Die Schauspieler, die mit ihrer satirischen Aktion #allesdichtmachen auf die schwierige Situation von Künstlern im Corona-Lockdown hinweisen wollten, haben das leidvoll erfahren müssen. Satire darf alles. – Von wegen! Einige sind aufgrund des Drucks der Meinungsmacher schon zurückgerudert und haben den Gang nach Canossa angetreten, um keine beruflichen Nachteile zu erleiden.

(Zurufe)

Dass CSU-Politiker nicht mit Satire umgehen können, wissen wir alle. Das habe ich auch persönlich in diesem Hause schon von oberster Stelle erfahren müssen. Die Freiheit der Andersdenkenden ist nur da, wenn sie auch stattfindet, und nicht nur in den Sonntagsreden. Die gesinnungsethische Empörungskultur verschafft sich in der Öffentlichkeit immer mehr Raum.

(Zuruf)

Die sogenannte Cancel Culture, die Streich- oder Abbruchkultur bedeutet und als Aufruf zur Ächtung oder Boykottierung von Menschen dient, die sich vermeintlich politisch nicht korrekt verhalten, die diskriminierende Aussagen getroffen oder Handlungen ausgeführt haben sollen, ist ebenfalls gängige Praxis. Man soll abgeschreckt werden und aus Angst vor Repressalien lieber schweigen. Diese Intoleranz führt zur Selbstzensur und wirkt wie eine Einschränkung der Meinungsfreiheit. Im Ergebnis führt sie dazu, dass eine offene Debatte nicht mehr stattfindet.

Vor allem in den öffentlich-rechtlichen Medien ist von einem Sieg der Gesinnung über die rationale Urteilsfähigkeit zu sprechen. Das Mittel des Weglassens unbequemer Meinungen und Fakten ist zum Prinzip des journalistischen Handelns der Leitmedien geworden. Der "SPIEGEL", das Sturmgeschütz der Demokratie, wie er einst genannt wurde, fällt nur noch durch friendly fire auf und beschädigt so die liberale Demokratie in ihrem Kern.

Wenn wir weiterhin eine offene, kritische Gesellschaft wollen, in der auch unbequeme Meinungen Platz haben, sollten wir schleunigst gegensteuern und das Recht, ungestraft seine Meinung zu sagen, schützen. Es darf doch nicht sein, dass Medien oder die Regierung bestimmen, in welchem Korridor sich Meinungen bewegen dürfen, etwa indem jeder, der nicht die richtige Sprache spricht, gleich verdächtigt wird, ein Rassist oder Sexist oder Nazi zu sein. Auch Medien müssen akzeptieren, dass sie nicht immer das letzte Wort haben und kein Grundrecht auf alleinige Betroffenheit und einen Rundumschutz vor Kritik haben. Es ist unsere Aufgabe, zu einer offenen und pluralisti-

schen Debatte zu kommen. Ich bin der Meinung, wir sollten auch hier im Landtag inklusive der Landtagspräsidentin mit gutem Beispiel vorangehen und den offenen Diskurs, der unsere Demokratie ausmacht, auf Augenhöhe zulassen.

(Beifall bei der AfD – Unruhe)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Wir setzen die offene, pluralistische Meinungsdebatte mit Herrn Prof. Dr. Winfried Bausback, CSU-Fraktion, fort.

**Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU):** Kolleginnen und Kollegen! Ja, die Meinungsfreiheit ist für unsere freie Gesellschaft schlechthin konstituierend. Aber ich möchte vorausschicken: Dass die AfD dieses Thema auf die Tagesordnung setzt, sich quasi zum Gralshüter einer vermeintlichen Freiheit aufspielt, jetzt auch noch den Begriff "Toleranz" in den Mund nimmt und die Intoleranz anprangert, ist so ähnlich wie die Schilderung Don Camillos vom Wolf und der Schafherde: Der Wolf wird in das Gatter der Schafherde gelassen, weil sie ihn als ihresgleichen anerkennt. Das führt bei Don Camillo am Ende dazu, dass es keine Schafe mehr gibt. Sir Karl Popper hat das wissenschaftlich ausgedrückt und im Rahmen seiner Ausführungen zur freien Gesellschaft von dem "Paradoxon der Toleranz" gesprochen hat.

Das gibt in der Tat das wieder, was wir aus der Grundrechtsdogmatik kennen: Wir können die Meinungsfreiheit nur dann beschützen, wenn wir ihr insoweit Grenzen setzen, als die Freiheit von anderen verletzt wird. Popper sagt: Keine Toleranz den Intoleranten gegenüber, wenn sie versuchen, die freie Gesellschaft abzuschaffen. Beides ist richtig. Beides trifft nach meinem Eindruck ganz besonders auf die Kolleginnen und Kollegen der AfD zu, die alles andere als die Toleranz und die Freiheit verteidigen.

(Beifall bei der CSU)

Trotzdem ist das Thema so, wie es gesetzt ist, natürlich ein ganz wichtiges. Wir alle haben in der Tat eine Verwandlung der Gesellschaft, eine Revolution erlebt, wie sie kaum eine Generation vor uns erlebt hat, vielleicht vergleichbar mit der Erfindung des

Buchdrucks. Die Wandlung in eine digitale Welt hat natürlich auch die freie Gesellschaft verändert und neue Möglichkeiten, aber auch ganz besondere Gefahren geschaffen; denn die freie Meinungsäußerung wird durch die technischen Möglichkeiten der digitalen Welt nicht nur gefördert, sondern auch massiv herausgefordert. Wer sich damit auseinandersetzen will – Herr Kollege Adjei von den GRÜNEN hat dazu einiges durchaus Bemerkenswertes gesagt –, dem sei das Buch "Angriff der Algorithmen" von Cathy O'Neil empfohlen. Freier Meinungs Austausch und freie Meinungsbildung der Gesellschaft sind dann bedroht, wenn sie manipulierbar sind, etwa durch die technische Situation, die wir im Netz erleben. Im amerikanischen Titel "Weapons of Math Destruction" spricht O'Neil davon, dass dies eine ganz grundlegende Herausforderung ist. Darauf müssen wir reagieren, und das tun wir auch.

Herr Staatsminister Eisenreich wird sicherlich auf die bayerischen Themen eingehen, die auf den Weg gebracht sind. Es kann keine Rede davon sein, dass man hier stehen geblieben ist. Aber es ist wichtig, dass wir alle, die wir hier die Freiheit verteidigen wollen, an der einen oder anderen Stelle die ideologischen Scheuklappen fallen lassen.

Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, die Meinungsfreiheit im Netz – übrigens auch die Datensicherheit im Netz – wird man nicht mit einem Datenschutzverständnis wie vor 20 oder 10 Jahren bewahren können. Datenschutz und Meinungsfreiheitsschutz bedeuten heute auch Datensicherheit und Sicherheit des Austausches im Netz. Das ist etwas ganz Zentrales. Hier müssen wir uns gemeinsam auf den Weg machen. Die beschlossene Reform des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes ist ein Ansatz – Kollege Flisek hat es ebenso wie andere Kollegen angesprochen –, aber er schützt in der Tat nicht die Gesellschaft völlig und umfassend in ihrer Freiheit. Da müssen wir gemeinsam weiterarbeiten. Ich hoffe, dass wir in der Zukunft nicht wie in der Vergangenheit an manche grüne Wand laufen. Wir machen uns alle – das ist uns Demokraten wichtig und in der Debatte von allen Rednern, die nicht der AfD angehören, deutlich gemacht geworden – die Freiheit des Meinungs Austausches zum Anliegen. Das ist aus meiner Sicht die erste Voraussetzung dafür, dass wir Meinungsfreiheit und freie

Gesellschaft auch in veränderten technischen Umständen bewahren können. Diese Gemeinsamkeit sollten wir uns als demokratische Fraktion in diesem Haus behalten. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Kollege Prof. Bausback. – Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Georg Eisenreich das Wort.

**Staatsminister Georg Eisenreich (Justiz):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Meinungsfreiheit ist für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung fundamental wichtig. Sie ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Viele Redner haben das heute bereits gesagt. Sie ist in Artikel 5 des Grundgesetzes gewährleistet. Das gilt für die analoge Welt – zum Beispiel im Plenarsaal – genauso wie in der digitalen Welt. In Deutschland darf jeder seine Meinung sagen. Herr Kollege Huber hat vorhin gesagt, man dürfe sogar Unsinn sagen. Das ist richtig. Die AfD macht von dieser Möglichkeit auch umfassend Gebrauch.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ja, es muss zu den wichtigen Fragen offene kritische Debatten geben. Es muss auch Kontroversen geben, zum Beispiel zu den Maßnahmen der Corona-Politik der Regierung, aber auch zur Zuwanderungspolitik der Bundesregierung. Ja, diese kontroversen Debatten muss es geben. Ich gebe jedem recht: Wir müssen diese Meinungsfreiheit schützen. Die Frage ist: Vor wem? – Dazu komme ich gleich.

Soziale Netzwerke verbinden die Menschen auf der ganzen Welt. Das ist ein großer Fortschritt. Wir nutzen diese Möglichkeiten gerne, um uns zu informieren und uns auszutauschen. Was aber mich und viele in diesem Land umtreibt, ist die Zunahme der Verbreitung strafbarer Inhalte im Netz. Das ist zum einen die Kinderpornografie. Aber es sind insbesondere auch strafbarer Hass und Hetze, die in der Zwischenzeit ein

wirklich erschreckendes Ausmaß angenommen haben. Hier hat sich im Internet etwas zusammengebraut, das für unsere Demokratie eine echte Gefahr darstellt.

Hass und Hetze in den sozialen Medien vergiften das gesellschaftliche Klima. Aus Hass kann Gewalt werden. Der Mord an Regierungspräsident Walter Lübcke ist ein schreckliches Beispiel, das uns alle mahnt und uns alle verpflichtet. Hass und Hetze unterdrücken die Meinungsfreiheit. Die leisen Töne und abwägenden Stimmen werden verdrängt und von den Algorithmen benachteiligt. Es gibt immer mehr Menschen, die aus Sorge vor hasserfüllten Reaktionen auf eine Meinungsäußerung verzichten. Ja, ich bin für Freiheit im Netz genauso wie für Freiheit in der analogen Welt. Aber die Regeln, die in der analogen Welt gelten, gelten auch im Internet. Das Internet ist weder ein rechtsfreier Raum noch ein rechtsverfolgungsfreier Raum. Die Meinungsfreiheit ist geschützt, ja. Aber es ist dreist, und es ist unverschämt, wenn man sich bei der Verbreitung von strafbarem Hass und strafbarer Hetze auf die Meinungsfreiheit beruft. Strafbare Äußerungen sind von der Meinungsfreiheit nicht gedeckt.

Zur Aufgabe der Justiz und der Regierung gehört es, die Meinungsfreiheit zu schützen. Die Justiz und ich leisten dazu unseren Beitrag. Ich sage es deutlich: Wer die Meinungsfreiheit wirklich schützen will, der muss Hass und Hetze konsequent bekämpfen, so wie wir das in Bayern tun.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich habe dazu den ersten Hate-Speech-Beauftragten zentral für ganz Bayern benannt. Es ist der Einzige, den es bislang bundesweit gibt. Ich habe bei allen Staatsanwaltschaften in Bayern jeweils ein Sonderdezernat zur Bekämpfung von Hasskriminalität eingerichtet. Der Hate-Speech-Beauftragte ist übrigens bei der Generalstaatsanwaltschaft München und dort bei der Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus angesiedelt. Daran sehen Sie, wie ich dieses Thema werte. Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, die Bekämpfung von Hass und Hetze ist für mich auch Extremismusbekämpfung.

Wir haben also rund 25 Spezialstaatsanwälte, die die Hasskriminalität bekämpfen. Ich möchte den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Land in aller Deutlichkeit sagen: Wer im Internet beleidigt, verleumdet, bedroht oder Volksverhetzung betreibt, muss damit rechnen, dass morgens um 07:00 Uhr Polizei und Staatsanwaltschaft vor der Türe stehen. Das ist auch gut so.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Unsere Hate-Speech-Spezialisten haben 2020 insgesamt 1.648 Verfahren wegen Hasskriminalität im Internet geführt. Bei der Bekämpfung von Hasskriminalität stehen wir übrigens bundesweit an der Spitze. Insofern brauche ich dazu auch keine Ratschläge von den GRÜNEN. Wir sind hier schon viel, viel weiter.

Wir arbeiten auch daran, dass potenziell strafbare Posts häufiger angezeigt werden. Wir haben deshalb unbürokratische Online-Meldeverfahren für Journalisten, Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sowie für Abgeordnete eingerichtet.

Ich will es klar sagen: Ich bin der Meinung, dass Politiker nicht empfindlich sein dürfen. Kontroversen und Debatten gehören dazu; das muss jeder aushalten. In Bayern ist die Sprache häufig auch deutlicher, pointierter und kräftiger. Das ist auch in Ordnung. Aber niemand muss Beleidigungen, Verleumdungen, Anfeindungen und Bedrohungen aushalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich freue mich sehr, dass einige in diesem Hohen Haus von unserem Online-Meldeverfahren schon Gebrauch gemacht haben. Ich möchte alle Betroffenen von Hass und Hetze im Internet ermutigen: Zeigen Sie Hasskommentare an! Nur wenn wir Anzeigen haben, können wir die Täter auch zur Rechenschaft ziehen. Wichtig ist für mich, dass strafbare Inhalte im Netz gelöscht werden. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz, das heute bereits angesprochen wurde, wurde 2017 erlassen. Es wurde inzwischen evaluiert und durch das Gesetz zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und der Hasskri-

minalität nachgeschärft. Neu hinzugekommen ist insbesondere die Verpflichtung sozialer Netzwerke, bestimmte schwere Hassdelikte nicht nur zu löschen, sondern auch beim Bundeskriminalamt zu melden.

Ich will ganz klar sagen: Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist ein wirklich gutes und wichtiges Gesetz und bringt in diesem Bereich einen großen Fortschritt. Natürlich gibt es im Detail noch viel zu diskutieren und zu verbessern. Aber das NetzDG hat bei den Plattformen den nötigen Handlungsdruck geschaffen. Das Gesetz hat insbesondere wesentlich zu einem Umdenken der Betreiber beigetragen, wenn es darum geht, sich stärker um illegale Inhalte zu kümmern. Es bewegt sich was; aber es bewegt sich noch zu wenig. Das ist von Plattform zu Plattform unterschiedlich. Teilweise ist die Kooperationsbereitschaft gut, teilweise reicht sie noch nicht aus. Insbesondere bei Facebook ist sie derzeit noch alles andere als ausreichend. Ich erwarte, dass Auskunftsverlangen unserer Staatsanwaltschaften ohne Wenn und Aber beantwortet werden, unabhängig davon, wo sich der Firmensitz befindet oder wo die Server stehen.

Ich freue mich, dass die EU-Kommission inzwischen tätig geworden ist. Sie hat einen Digital Services Act vorgeschlagen. Ich begrüße das sehr. Wir müssen allerdings aufpassen, dass es hier nicht zu einem Rückschritt kommt. In diesem Entwurf ist zum Beispiel eine Löschpflicht nicht ausdrücklich normiert. Dies wäre ein Rückschritt. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass der DSA nicht hinter dem aktuellen Schutzniveau im deutschen Recht zurückbleibt. Ich bin in dieser Sache schon aktiv geworden. Ich habe Abgeordnete, Mitglieder der Bundesregierung und Mitglieder der EU-Kommission angeschrieben. Wir müssen uns massiv dafür einsetzen, dass der DSA, der eine große Chance darstellt, wirklich genutzt wird und es nicht zu einem Rückschritt kommt.

Neben der Strafverfolgung gibt es andere wichtige Themen, für die ich nicht zuständig bin. Ich möchte sie aber zumindest erwähnen: Ganz wichtig ist die Medienbildung. Außerdem geht es um Demokratieerziehung, Werteerziehung und natürlich um das

Entlarven von Fake News. Das ist nicht leicht, weil wir uns hier meistens unter der Schwelle der Strafbarkeit befinden.

Ich komme zum Schluss: Ja, wir müssen die Meinungsfreiheit schützen. Jetzt zu den Abgeordneten der AfD: Sie haben vorher gefragt, vor wem? – Vor den Hetzern und den Hassern, die in strafbarer Weise die Meinungsfreiheit, die Demokratie und unseren Rechtsstaat bedrohen. Vor denen müssen wir die Meinungsfreiheit schützen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

**Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher:** Vielen Dank, Herr Staatsminister Eisenreich. – Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich das Ergebnis der vorher durchgeführten Wahl des Landesbeauftragten für den Datenschutz bekannt. An der Wahl haben 112 Abgeordnete teilgenommen. Ungültig waren keine Stimmen. Auf Herrn Prof. Dr. Thomas Petri entfielen, 94 Stimmen. Mit Nein stimmten 15 Abgeordnete. 3 Abgeordnete haben sich ihrer Stimme enthalten.

Damit hat der Landtag Herrn Prof. Dr. Thomas Petri zum Landesbeauftragten für den Datenschutz wiedergewählt. Herr Prof. Dr. Petri, ich darf Ihnen persönlich sowie im Namen des Hohen Hauses zu Ihrer Wiederwahl herzlich gratulieren und Ihnen für Ihre verantwortungsvolle Aufgabe weiterhin alles Gute und viel Erfolg wünschen.

(Allgemeiner Beifall)

Der Tagesordnungspunkt 5 ist damit erledigt.